

Organisieren – Nicht Resignieren

Armutsbekämpfung durch die Umsetzung
des Rechts auf Vereinigungsfreiheit in der
informellen Wirtschaft

Dokumentation eines Vorhabens der
Deutschen Kommission Justitia et Pax
2003 - 2006

Inhalt

Vorwort (Bischof Dr. Reinhard Marx)	5
1. Einführung in das Projekt „Organisationsfreiheit in der informellen Wirtschaft“ Das Anliegen der Deutschen Kommission Justitia et Pax	8
2. Menschenwürdige Arbeit in Zeiten der Informalisierung und Globalisierung	12
2.1 Arbeit, die des Menschen würdig ist (Kardinal Renato Raffaele Martino)	12
2.2 Das Konzept der menschenwürdigen Arbeit (P. Dr. Dominique Peccoud SJ)	18
2.3 Anständige Arbeit oder „Workingman’s Death“ (Michael Sommer)	23
3. Die Bedeutung der Vereinigungsfreiheit für die informelle Wirtschaft	29
3.1 Als Saisonarbeiterin in Chile (Maria Cartagena)	29
3.2 Zusammenfassung der Konferenz: „Organisieren - Nicht Resignieren. Das Recht auf Vereinigungsfreiheit für die informelle Wirtschaft. Modelle, Strategien, Hindernisse“ am 18. und 19. März 2004 in Berlin (Karin Pape)	33
3.3 Informelle Wirtschaft, Prekarisierung, ein EDP, SEWA, deutsche Gewerkschaften und die Millenniums-Entwicklungsziele (Arne Klöpffer)	41
3.4 Indien – Erfahrungen aus einem Exposure- und Dialogprogramm mit SEWA (Ingrid Sehrbrock)	48
4. Entwicklungspolitische und arbeitsmarktpolitische Herausforderungen	53
4.1 Internationale Regelwerke und Standards	53
4.1.1 Stellungnahme anlässlich der Pressekonferenz zur Veröffentlichung der Broschüre „11 gute Gründe, das IAO-Übereinkommen über Heimarbeit zu ratifizieren“ im Haus des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin am 13. Januar 2006 (Prälat Dr. Karl Jüsten)	53
4.1.2 Stellungnahme zur gemeinsamen Pressekonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) am 13. Januar 2006 zu ungeschützter Arbeit und Heimarbeit (Dr. Ursula Engelen-Kefer)	57
4.1.3 Die Meinung einer Gewerkschafterin aus dem Süden (Renana Jhabvala)	61
4.2 Gewerkschaftsübergreifender Dialog	63
4.2.1 Informelle Ökonomie und Gewerkschaften in Deutschland (Karin Pape)	63
4.2.2 Notizen zu einer ‚Gewerkschaftsübergreifenden Diskussion unter Einbeziehung anderer gesellschaftlicher Gruppen‘(Arne Klöpffer)	81
4.3 Entwicklungspolitische Problemstellungen	84
4.3.1 Fordern und Fördern – Ansätze in der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit (Thomas Gerhards und Dr. Hildegard Hagemann)	84
5. Perspektiven (Hubert Tintelott)	92
Anhang	98

Vorwort

Informal work will only disappear if you organise the workers!

(Informelle Arbeit wird nur dann aufhören, wenn die Arbeitenden sich organisieren!)

Renana Jhabvala, SEWA 2005

Diese Einsicht einer indischen Gewerkschafterin aus der informellen Wirtschaft ist die Quintessenz eines Arbeitsvorhabens, das die Deutsche Kommission Justitia et Pax in den letzten vier Jahren intensiv vorbereitet und zusammen mit vielen Partnern im europäischen In- und Ausland durchgeführt hat.

Die Informalisierung des Arbeitsmarktes weitet sich durch die Globalisierung aus. Weltweit gesehen ist die Situation dramatisch, denn in vielen Ländern arbeiten weit mehr als zwei Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung in der so genannten informellen Wirtschaft. Auch in Deutschland setzen sich die Arbeitgeber, Gewerkschaften und Regierungen in den letzten Jahren zunehmend mit diesem Phänomen auseinander. Was für die einen auf den ersten Blick eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes und daher eine Erweiterung der ökonomischen Handlungsspielräume darstellt, bedeutet oftmals für die Betroffenen eine tiefe Verunsicherung für ihre Lebensgestaltung und -planung. Weder die internationale noch die nationale Beschäftigungspolitik hat bisher schlüssige Konzepte entwickelt, die diesen Entwicklungen wirkungsvoll und nachhaltig begegnen, damit Menschen durch ihrer Hände Arbeit (über)leben können und vielleicht sogar einen gewissen Wohlstand und Sicherheit für sich und ihre Angehörigen erlangen.

Die Katholische Soziallehre warnt in dieser Situation des Wandels vor der Annahme, dass sich die Veränderungen deterministisch vollzögen. Im Gegenteil bleibt letztlich der Mensch der entscheidende Faktor, der ‚Schiedsrichter‘ für allen Wandel, der auch der eigentliche Protagonist seiner Arbeit bleiben muss.¹

Wie sieht es aber mit der Gestaltungsfähigkeit aus, wenn Menschen in extremer materieller Armut ihren täglichen Lebensunterhalt durch ungesicherte, unregistrierte, unregelmäßige und unangemessen vergütete Tätigkeiten, also informelle Arbeit, erwirtschaften müssen? Wie können sie entscheidender Faktor und Protagonist sein angesichts fehlender Möglichkeiten, ihre Bedürfnisse und Sicherheitsansprüche (z.B. bezüglich sozialer Sicherheit) politisch wirksam zu äußern, geschweige denn einzufordern?

Projekte der Armutsbekämpfung in der staatlichen und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit setzen an bei Bildungsangeboten und Ausbildungsbeihilfen, ermöglichen Erstausrüstungen zum Start eines Geschäftes und suchen den Zugang zu Kleinkrediten zu verbessern. Viel zu selten jedoch wird die Relevanz des Rechts der Organisationsfreiheit, der politischen Meinungsäußerung, der gemeinsamen Interessenvertretung in der informellen Wirtschaft berücksichtigt. Dies war den formell Arbeitenden mit Beitritt in Gewerkschaften, wie sie weltweit unterschiedlichster ideologischer Couleur und politischer Prägung existieren, vorbehalten. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) hat schon früh erkannt, dass diese Rechte allen arbeitenden Menschen zuerkannt werden müssen, auch den informell Arbeitenden.

Es ist hohe Zeit, über gesellschaftliche Grenzen hinweg ein starkes Plädoyer zu halten für die grundlegenden Rechte bei der Arbeit - gerade auch in prekären Arbeitsverhältnissen. Gesellschaftliche Allianzen z.B. zwischen Gewerkschaften und Kirchen, können das Recht auf menschenwürdige Arbeit fördern, damit in unserer globalisierten Welt die Prioritäten richtig gesetzt werden und der Mensch wieder Gestalter für die Zukunft der ihm anvertrauten Welt ist.

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax hat durch das Arbeitsvorhaben in den vergangenen drei Jahren Brücken zu Gewerkschaften und entwicklungspolitischen Akteuren in Deutschland und im Süden geschlagen und sieht es als ihre Aufgabe an, diese Thematik im Blick zu behalten, Perspektiven zu entwickeln und sich zu bemühen, gesellschaftliche Allianzen zu stärken, damit Menschen auch in nicht gesicherten Arbeitsverhältnissen für ihre Interessen eintreten, sich organisieren können und Arbeit weltweit menschenwürdig gestaltet wird.

Trier, den 25. August 2006

Bischof Dr. Reinhard Marx

¹ Vgl. Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden 2004 Kompendium der Soziallehre der Kirche, Nr. 317, Herder Verlag, Freiburg